



DER SPIEGEL vom 14.09.2019 Seite 30

Deutschland

## Ein Titel für Super-Mario

Staatsanwälte zerschlagen illegalen Handel mit Diplomatenpässen

**Mehreren Deutschen ist es gelungen, Diplomatenpässe afrikanischer Länder zu ergattern. Unter ihnen sind Hochstapler und Pleitiers - und der Ex-Tennisstar Boris Becker. Nun ermitteln Staatsanwälte gegen das Netzwerk der Ausweisbeschaffer.**

Die Berufung ins diplomatische Korps der Zentralafrikanischen Republik ereilte Boris Becker zu einem günstigen Zeitpunkt. Mitten in den Wirren eines Insolvenzverfahrens, mit dem sich der verschuldete Tennisstar in London herumschlagen musste, wurde er überraschend zum Attaché für Sport, Kultur und humanitäre Angelegenheiten ernannt. »Diplomatische Ehren für mich!«, verkündete Becker am 27. April 2018 über den Kurznachrichtendienst Twitter.

Zu den Gratulanten des frisch ernannten Diplomaten gehörte damals ein gewisser Stephan Welk. Er hatte für Becker seine Kontakte spielen lassen und ihm zu dem honorigen Posten verholfen. »Willkommen in Ihrem diplomatischen Büro«, twitterte Welk und postete ein Foto, das ihn und Becker vor der zentralafrikanischen Gesandtschaft in Brüssel zeigt: gut gelaunt, unter dem Republikwappen mit Elefant, Affenbrotbaum und Sternen.

Mit diplomatischen Blitzkarrieren kennt sich Welk aus. Im Internet präsentiert sich der 51-jährige Hesse als »Professor für Internationales Recht und Diplomatie«, der afrikanischen Regierungen als »Sonderberater« zur Seite stehe und für seine Verdienste unter anderem mit dem »Großkreuz des königlichen Ordens des Löwen von Ruanda« geehrt worden sei. Derzeit müssen Welks diplomatische Geschäfte allerdings ruhen: Am 30. August wurde er in Berlin von der Polizei verhaftet, zwei mutmaßliche Komplizen kamen ebenfalls in Untersuchungshaft.

Hintergrund ist ein Verfahren der Staatsanwaltschaft München I, die seit Monaten gegen sechs Beschuldigte ermittelt. Die Beamten der Antikorruptionsabteilung versuchen, Licht in eine Schattenwelt zu bringen.

Zweifelhaften Geschäftsleuten ist es gelungen, sich Diplomatenpässe und diplomatische Dienstaussweise bettelarmer Staaten zu beschaffen. Unter den Abnehmern der Dokumente sind polizeibekannte Kriminelle, die womöglich hofften, eine diplomatische Immunität würde sie vor dem Zugriff von Polizei und Staatsanwaltschaft schützen. Möglicherweise, so der Verdacht, flossen für die Papiere teilweise sechsstelligen Summen.

Mehrere Deutsche mit dubioser Vita, das belegen Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, sind in den vergangenen Jahren zu angeblichen Beratern und Diplomaten afrikanischer Länder avanciert. Im Mittelpunkt steht dabei der afrikanische Kleinstaat Guinea-Bissau.

Der Regierungsapparat des Landes stellte etwa einem verurteilten Betrüger und Hochstapler, einem Pleitier und einem Boxer mit Knasterfahrung diplomatische Ausweise aus. Auf den Papieren stehen illustre Titel wie »Wirtschaftsberater«, »Attaché für Kultur und Sport«, »Head of Security« oder »diplomatischer Kurier«. Auch für den nun festgenommenen, mehrfach vorbestraften Stephan Welk wurde in der Botschaft in Berlin ein grüner Dienstaussweis für das westafrikanische Land ausgestellt, Seriennummer GNB67D915.

Das muntere Verteilen von Diplomatenpapieren ausländischer Staaten bereitet der Bundesregierung und den Sicherheitsbehörden seit Längerem Sorgen: Mit den Papieren könnten Kriminelle versuchen, unbemerkt Landesgrenzen zu passieren, sich Polizeikontrollen oder einer Festnahme zu entziehen. Obwohl die Immunität erst greift, wenn der jeweilige Diplomat in Deutschland als solcher auch akkreditiert ist, macht in der Praxis allein das Vorzeigen eines Diplomatenpasses auf manche Polizisten Eindruck. Auch Autos mit Diplomatenkennzeichen werden bisweilen seltener kontrolliert als andere Fahrzeuge.

Im Auswärtigen Amt gilt Guinea-Bissau schon lange als diplomatischer Problemfall. Kaum war die Berliner Botschaft des westafrikanischen Staats 2012 eröffnet, rief die Polizei regelmäßig beim zuständigen Protokollreferat des Amtes an.

Die Abteilung im Souterrain des Ministeriums am Werderschen Markt ist eine Art Kummerkasten. Dort melden sich deutsche Behörden, wenn ein Diplomat in Konflikt mit dem Regelwerk seines Gastlandes gerät.

Im Fall von Guinea-Bissau wurden die Beamten im Auswärtigen Amt rasch misstrauisch. Regelmäßig meldete die Polizei Verkehrsdelikte und andere Ordnungswidrigkeiten, in die Diplomaten des afrikanischen Landes verwickelt waren. Häufig waren es deutsche Staatsbürger, die mit einem Diplomatenausweis wedelten und auf ihre vermeintliche Immunität pochten. Beim Auswärtigen Amt aber war offenbar keiner von ihnen je akkreditiert worden.

Da sich die Fälle häuften, intern ist von bis zu 100 Delikten pro Jahr die Rede, bestellte das Auswärtige Amt schon vor sechs Jahren den damaligen Botschafter von Guinea-Bissau ein und bat um Aufklärung, wie deutsche Staatsbürger an die Pässe des Landes gelangt seien. Wortreich beteuerte der Botschafter bei dem Treffen und anderen Gesprächen in den Jahren danach, seine Konsularabteilung habe nichts mit der Ausstellung der Pässe zu tun. Alles laufe über das Außenministerium zu Hause.

An der Praxis änderte sich auch nach den Gesprächen nichts. Regelmäßig meldete die Polizei neue Vergehen der vermeintlichen Diplomaten, auch in diesem Jahr: Im Februar parkte ein Attaché von Guinea-Bissau, ebenfalls ein Deutscher, seine schwarze Mercedes-Limousine im Halteverbot und versperrte so den halben Tag lang eine Einfahrt neben der Münchner Tabledance-Bar Queens.

Dann, am Abend des 7. Mai, steht eine Frau an der Sicherheitsschleuse am Frankfurter Flughafen. Sie ist mit der

Lufthansa-Maschine LH 1333 aus Marrakesch gelandet und will weiter nach Berlin. An Gate A muss sie ihr Handgepäck nochmals durchleuchten lassen, da fällt den Kontrolleuren ein Stapel Ausweispapiere auf.

Als die Bundespolizei die Dokumente überprüfen will, tritt Andreas Brandl hinzu, ein heute 52 Jahre alter Deutscher.

Überraschend zückt er einen Diplomatenpass, der ihn als »Sonderberater« von Guinea-Bissau ausweist. Die Papiere, so behauptet er, sollten zur Botschaft in Berlin gebracht werden.

Doch ein Blick in den Computer lässt die Polizisten aufmerken: Mehrere der Ausweise sind auf Personen ausgestellt, die in kriminelle Machenschaften verwickelt sein sollen. Es geht unter anderem um Drogendelikte, Urkundenfälschung und Versicherungsbetrug.

So ist einer der beschlagnahmten Diplomatenpässe auf einen Schweizer Millionärssprössling ausgestellt. Sein Name steht auf der deutschen Fahndungsliste: Im Oktober 2014 hatte er vor dem Augsburger FKK-Klub Colosseum seinen Ferrari 458 von Komplizen in die Luft sprengen lassen. Ziel war es, die Versicherungssumme für den mehr als 300 000 Euro teuren Sportwagen zu kassieren.

Nachdem die Sache aufgeflogen war, wurde der junge Schweizer vom Landgericht Augsburg zu 22 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Doch bis heute hat er seine Strafe nicht angetreten. Würde er in eine Kontrolle geraten, müsste er festgenommen werden. Der Verdacht liegt nahe, dass er sich einen Diplomatenpass kaufen wollte, um sich vor einer Verhaftung zu schützen. Sein Anwalt war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Auch gegen Brandl selbst, den Begleiter der Frau und angeblichen Topdiplomaten, ermitteln deutsche Staatsanwälte. Ein Haftbefehl gegen ihn liegt allerdings nicht vor, beide können an dem Tag im Mai gegen Mitternacht weiterreisen.

Die Botschaft von Guinea-Bissau erfährt von dem Vorfall. Sie schickt ein Schreiben an die Bundespolizei. Darin fordert ein Botschaftsrat zehn beschlagnahmte Ausweispapiere zurück, darunter den Diplomatenpass von Brandl. Die »sichergestellten Beweismittel« seien echt und damit »Eigentum der Botschaft der Republik Guinea-Bissau«.

Allerdings hat auch das Auswärtige Amt nach dem Vorfall am Frankfurter Flughafen wieder Gesprächsbedarf. Es schickt eine Brand-E-Mail an die Botschaft von Guinea-Bissau. Der Leiter des Referats 703 »möchte dringend mit Ihnen ein Gespräch führen«, heißt es in dem Schreiben an den Geschäftsträger der Botschaft.

Doch der adressierte Diplomat befindet sich zu diesem Zeitpunkt schon gar nicht mehr in Deutschland. Die Botschaft in Berlin-Mitte ist seitdem bis auf wenige Mitarbeiter verwaist.

Der Eingang des Gebäudes liegt neben einem Asia-Restaurant, die rot-gelb-grüne Landesflagge vor der Tür hat sich um den Mast verheddert. Die Räumlichkeiten im ersten Stock erinnern eher an ein Wohnzimmer als an eine diplomatische Vertretung, der Schreibtisch des amtierenden Botschaftsrats ist mit einer Stellwand abgetrennt.

Der Mann, der das Land derzeit offiziell vertritt, wirkt überfordert von den Vorwürfen gegen seine Regierung. Er sagt, er habe leider keine Zeit. Eine Mitarbeiterin verspricht, auf Fragen schriftlich zu antworten. Doch die angekündigte Stellungnahme trifft bis Redaktionsschluss nicht ein.

Korruption, Geldwäsche, politische Instabilität: Guinea-Bissau ist das, was man einen »failed state« nennen könnte. In den vergangenen 20 Jahren erlebte die kleine Nation mehrere Staatsstriche, einen Bürgerkrieg und die Ermordung eines Präsidenten.

Für den Drogenhandel zwischen Südamerika und Europa gilt Guinea-Bissau als wichtige Drehscheibe, Beobachter nennen es Afrikas ersten »Narco State«. Im Entwicklungsindex der Vereinten Nationen belegt die ehemalige portugiesische Kolonie einen der letzten Plätze.

Das 1,8-Millionen-Einwohner-Land brauchte dringend fähige Regierungsberater. Sehr viel spricht dafür, dass Deutsche wie Andreas Brandl nicht unbedingt die richtigen sind. Das Auswärtige Amt hat sich bereits vor Jahren geweigert, Brandl als Diplomaten zu akkreditieren.

Unter deutschen Anlegern hatte sich der Mann aus München äußerst unbeliebt gemacht. Brandl und ein Kompagnon sammelten Geld ein, um im großen Stil in Solaranlagen zu investieren. Vermittler priesen die Investments als »besser als Riester« an. Doch die Wertanlagen waren hoch riskant.

Mehrere Unternehmen der beiden sind inzwischen pleitegegangen. Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelt gegen Brandl und seinen früheren Geschäftspartner wegen des Verdachts der Insolvenzverschleppung und des Betrugs. Im Raum steht ein Gesamtschaden im »höheren sechsstelligen Bereich«, teilte die Behörde mit, »wobei die Ermittlungen dazu noch andauern«. Brandl hat strafbares Handeln stets bestritten.

Bemerkenswert ist, wo die Unternehmen ihren Sitz hatten. Sie waren zeitweilig in der Kronenstraße 72 in Berlin-Mitte registriert. Zufall oder nicht: Im selben Gebäude residiert die Botschaft von Guinea-Bissau.

Offenbar ist es Brandl gelungen, einflussreiche Männer des kleinen Landes von sich und seinen vermeintlichen Fähigkeiten zu überzeugen. Unterlagen dokumentieren seinen Aufstieg in die Regierungselite von Guinea-Bissau. In seinem Diplomatenpass vom Januar 2019 mit der Nummer D00003183 wird er als »Sonderberater des Premierministers« bezeichnet. Das Dokument trägt die Unterschrift des damaligen Außenministers von Guinea-Bissau. Als Wohnsitz Brandls ist eine Adresse in London genannt, im Stadtteil Bayswater.

Hohe Säulen zieren den Hauseingang, zum Hyde Park sind es nur wenige Minuten. Brandl sei wahrscheinlich nicht anzutreffen, sagt ein grimmiger Pförtner, man könne es aber im ersten Stock probieren.

Die Tür zur Wohnung öffnet eine Frau im Bademantel: Ja, Brandl wohne hier, sei aber gerade nicht da. Sie nimmt ein Schreiben mit Fragen des SPIEGEL entgegen und verspricht, es Brandl zukommen zu lassen. Antworten gingen bis Redaktionsschluss nicht ein, auch auf eine Anfrage über die Botschaft reagierte der »Sonderberater« nicht.

Derweil kamen drei deutsche Mochtetern-Diplomaten in Untersuchungshaft.

Verhaftet wurde zum einen Stephan Welk, der Mann, der 2018 mit der Posse um Boris Beckers vermeintliche Immunität für kurze Zeit im Rampenlicht stand.

Seine Vita ist schillernd: Laut der Biografie, mit der er sich im Internet schmückt, wirkte er nicht nur als »Sonderberater« der Regierungen von Guinea-Bissau und São Tomé e Príncipe. Er glänzte auch mit einem angeblichen Dokortitel (»PhD«) in Wirtschaftswissenschaften, den er an der Universität Hamburg und der angesehenen London Business School erworben haben will. Doch weder in Hamburg noch in England weiß man davon etwas.

Dennoch hielt Welk als »Prof. Dr.« bereits Vorlesungen über »Diplomatie zwischen Staatskunst und Sozialwissenschaft« und beglückte Studenten in Kiew mit Aussagen wie: »Diplomatie ist ein bisschen wie das Verstehen von Frauen - wirklich nicht

einfach.« Am Ende seiner Lehrstunde, die als Video auf YouTube abrufbar ist, kommt Welk auf das Thema Korruption zu sprechen. Die sei immer auch eine »Frage des Standpunkts«. Es gebe zum Beispiel afrikanische Amtsträger, die bereit seien, »für 500 000 Euro oder so« Diplomatenausweise für Personen auszustellen, die Wert darauf legten, frei reisen zu können. Im Gefängnis zu sitzen ist für Welk keine neue Erfahrung. 2003 verurteilte ihn ein Hamburger Gericht zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren - unter anderem wegen Betrug im Zusammenhang mit dubiosen Immobiliengeschäften. Ab 2009 stand Welk dann erneut vor Gericht, diesmal in Dresden, wo er zu weiteren vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde - wegen Betrug, Insolvenzverschleppung, Urkundenfälschung und versuchter Unterschlagung und Untreue. Schaden: etwa 450 000 Euro. Mit einem Teil des Geldes - 80 000 Euro - sollte laut Dresdner Staatsanwaltschaft damals offenbar ein Diplomatenpass der afrikanischen Republik Liberia erworben werden.

Vier Tage bevor Welk Ende August festgenommen wurde, hatte die Polizei an einer Tankstelle im Unterallgäu bereits einen anderen Beschuldigten verhaftet: den »Attaché für Kultur und Sport« der Botschaft von Guinea-Bissau, Mario Daser. Der 30-jährige C-Promi wird von Anhängern »Super-Mario« genannt, weniger wohlwollende Begleiter nennen ihn »Desaster-Daser«.

Daser wuchs in München-Hasenbergl auf, war in Schlägereien verwickelt, landete im Gefängnis. Dann kämpfte er sich vom Bierzeltboxer zum Profisportler hoch, heiratete die Enkelin eines Kieswerkbesitzers und wurde selbst Unternehmer. Vom Knasti zum »Selfmade-Millionär«, so feierten ihn die Boulevardmedien. Daser posierte vor einem 700-PS-Lamborghini Aventador mit Flügeltüren und zeigte Reportern sein 200-Quadratmeter-Loft.

Nun landete der gefallene Boxer im Untersuchungsgefängnis - und mehrere seiner Luxusautos sind beschlagnahmt. Wie die Staatsanwaltschaft in München auf Anfrage bestätigt, werden Daser, Welk sowie ein weiterer mutmaßlicher Komplize aus dem Fränkischen verdächtigt, besonders schweren Betrug begangen zu haben.

Die drei Männer sollen einem bayerischen Fleischgroßhändler ein großes Exportgeschäft versprochen haben. Wenn er 1,5 Millionen Euro investiere, werde er Zugang zum Fleischmarkt von Guinea-Bissau und weiteren Ländern bekommen, so die angebliche Prophezeiung.

Außerdem würde er Diplomat der Republik Guinea-Bissau werden, sollen ihm die drei versprochen haben, Dienstausweis und Autokennzeichen inklusive, zum Schutz vor lästigen Knöllchen. Die Anschubfinanzierung sollte angeblich auch für Wahlkampfspenden an afrikanische Politiker verwendet werden, soll Welk erzählt haben.

Um die üppige Summe zusammenzubekommen, soll der bayerische Fleischhändler sein Haus und seinen Sportwagen zu Geld gemacht haben. Mehr als 800 000 Euro hatte er bereits wunschgemäß bezahlt, teilweise auf ein Konto in Dubai. Doch mit dem vermeintlichen Traumgeschäft ging es nicht voran. Weshalb der Fleischunternehmer Ende April Anzeige erstattete. Zu den Vorgängen wollte er nichts sagen.

Auch der Verteidiger des verhafteten Boxers Mario Daser wollte sich zu den Vorwürfen der Münchner Staatsanwaltschaft vorerst nicht äußern. Zunächst müssten Akten und Beweismittel gesichtet sowie eine mögliche diplomatische Immunität seines Mandanten geprüft werden.

Welk sieht sich offenbar selbst als Opfer, nicht als Täter. Sein Verteidiger erklärte: Sein Mandant sei mit dem mutmaßlich geschädigten Fleischunternehmer »nach gemeinsamer rechtsanwaltlicher Beratung zur Polizei gegangen, um dort Strafanzeige gegen die damals handelnden Personen zu erstatten«. Welk sei »mit seinem Know-how und seinen Beziehungen für diese Sache benutzt« worden. Für ihn hätten die »guten Wirtschaftsbeziehungen zu São Tomé e Príncipe und Guinea-Bissau im Vordergrund« gestanden.

Die Ermittlungen der Münchner Staatsanwaltschaft stehen noch am Anfang, doch im weiteren Verfahren könnten Zeugen vernommen werden, zum Beispiel Boris Becker. Er musste erkennen, dass ihn der Diplomatenpass aus Afrika nicht vor seinen Schuldeneintreibern schützen konnte. Den Kontakt zu Welk, dem Vermittler der diplomatischen Ehren, hat er vor Monaten abgebrochen.

Von der ärgerlichen Geschichte will Becker heute am liebsten gar nichts mehr hören, aus seinem engsten Umfeld aber heißt es, dass er keinen Cent für das wirkungslose Dokument gezahlt habe. Auch die Idee, damit beim Insolvenzgericht Immunität geltend zu machen, soll nicht von ihm, sondern von einem britischen Anwalt gekommen sein. Ihm habe Becker mittlerweile das Mandat entzogen.

\* Mit dem Botschafter der Zentralafrikanischen Republik, Daniel Emery Dede (M.), und dem Ex-Sportler Boris Becker.

*Baumgärtner, MaikEmbaló, Allen YéroGebauer, MatthiasKnobbe, MartinMechaussie, JulienRöbel, SvenSarovic, AlexanderWiedmann-Schmidt, Wolf*

Bildunterschrift: Verdächtiger Welk (l.) in Brüssel(\*) Unter Elefant und AffenbrodbaumXaume Olleros / AFPSicherheitskräfte in Guinea-Bissau: Diplomatischer ProblemfallDiplomat Brandl, Botschaftsmitarbeiter Akkreditierung verweigertBoxer Daser um 2016 An der Tankstelle verhaftetVerdächtiger Welk (l.) in Brüssel(\*) Unter Elefant und AffenbrodbaumXaume Olleros / AFPSicherheitskräfte in Guinea-Bissau: Diplomatischer ProblemfallDiplomat Brandl, Botschaftsmitarbeiter Akkreditierung verweigertBoxer Daser um 2016 An der Tankstelle verhaftet

**Quelle:** DER SPIEGEL vom 14.09.2019 Seite 30

**Rubrik:** Deutschland

**Dokumentnummer:** CODESCO-SP-2019-038-61283

### Dauerhafte Adresse des Dokuments:

[https://www.genios.de/document/SPIE\\_CODESCO-SP-2019-038-61283%7CTSPI\\_CODESCO-SP-2019-038-61283](https://www.genios.de/document/SPIE_CODESCO-SP-2019-038-61283%7CTSPI_CODESCO-SP-2019-038-61283)

Alle Rechte vorbehalten: (c) SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG